

Brauereiarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbands deutscher Brauereiarbeiter u. verw. Berufsgenossen.

Erscheint wöchentlich Freitags. Redaktionsschluss Dienstag früh 8 Uhr.
Druck von Meißner & Co., Hannover.

Verleger und verantwortlicher Redakteur: Fr. Krieg, Hannover.
Redaktion und Expedition: Hannover, Münzstraße 5, III.

Bezugspreis: 2,10 M pro Quartal, unter Kreuzband 2,70 M.
Inserate: die sechsgepaltene Kolonelleiste 40 S., für Mitgl. 30 S.

Nr. 29.

Hannover, 19. Juli 1907.

17. Jahrg.

„Mein Haus ist mein Hort.“

Der großherzoglich hessische Landeswohnungsinspektor Greßchel gehört zu den rüstigsten Vorkämpfern der Wohnungsreform in Deutschland und die von ihm herausgegebenen Jahresberichte sind ein reichlich sprudelnder Quell der Erkenntnis. Im vorigen Jahre veröffentlichte er eine sehr beachtenswerte Untersuchung über das Verhältnis der Mietenzum Einkommen in den minderbemittelten Volksschichten. Legt man die Angaben der Zentralkasse für die hessische Landesstatistik über das Einkommen der Steuerpflichtigen im Jahre 1904 zugrunde und nimmt man an, daß nicht mehr als $\frac{1}{3}$ des Einkommens für Wohnzwecke ausgegeben werden sollte, so ergibt sich, daß in den kleineren Orten des Großherzogtums Hessen 60—70 Prozent in den größeren und in den großen Städten 80—85 Prozent, der Einkommensteuerpflichtigen nur über ein Einkommen verfügen, aus dem sie das durchschnittliche Minimum an Wohnräumen nicht bezahlen können. Tausende von minderbemittelten Familien müssen die Ausgaben für Nahrung, Kleidung und sonstigen Lebensbedarf, von allem Luxus, allem Schmuck des Lebens ganz zu schweigen, auf das Allernächste beschränken, um nur die Wohnungsmiete erschwingen zu können. Und wie jammervoll wohnen die Proletariermassen dabei! In den Gemeinden unter 2000 Einwohnern hat nahezu $\frac{1}{3}$ der Gesamtbevölkerung nur einen einzigen Raum zur Verfügung und nur etwa $\frac{1}{4}$ wohnt in Wohnungen, die aus 3 Räumen bestehen, wobei allerdings die zu Wohnzwecken fast immer gänzlich unbrauchbare Küche als Raum mitgezählt ist.

In dem neuesten Jahresbericht desselben Landeswohnungsinspektors, der das Jahr 1906 behandelt, wird zwar von einigen geringfügigen Verbesserungen der Wohnungsverhältnisse Rechenschaft abgelegt, aber auch von neuem der Nachweis geliefert, daß allen bisherigen Bemühungen zum Trotz die Hausung des Volkes zu den schwersten Besorgnissen Anlaß gibt. In Hessen wohnt, wie auch in anderen Teilen Westdeutschlands, früher die Masse der Bevölkerung in Einfamilienhäusern. Aber dieses kleine Einfamilienhaus verschwindet immer mehr. Nur dort kann es noch bestehen und erneuert werden, wo der Preis des Baugrundes nicht höher als 2 Mark für den Quadratmeter angesetzt ist, ein Preis, der in fast allen Orten längst überschritten ist. An Stelle des Einfamilienhauses, das bei aller Kleinheit und Beschränktheit doch immer noch eine leidlich günstige Wohngelegenheit bietet, tritt in den kleineren Orten das Zweifamilienhaus, in den Städten die Mietkaserne. Das Zweifamilienhaus wäre vielleicht an sich noch erträglich, wenn nicht festgestellt werden müßte, daß sein Ausbau vor ziemlich allen Anforderungen der Gesundheitslehre und der Behaglichkeit vermissen läßt. In dem Zweifamilienhaus wird die Hälfte der Wohnbevölkerung in die Dachwohnung mit ihren schrägen Wänden, ihren winzigen Dachfenstern ihren halbschweren Treppen gezwängt. 60 Prozent des Wohnungszuwachses, den die hessische Inspektion 1906 zu verzeichnen hatte, fällt auf solche ungenügende Dachwohnungen, die, schon vom Standpunkte der Menschewürde aus, als zur dauernden Hausung ungeeignet bezeichnet werden müssen. Neben diesen Dachwohnungen finden wir, selbst in den kleinen und kleinsten Ortschaften, aber auch die Kellerwohnungen. Diese Höhlen sind möglichst noch schlimmer als Dachwohnungen. So stellt sich denn das Gesamtresultat der Untersuchung folgendermaßen: in 103 untersuchten Ortschaften des Großherzogtums Hessen leben in kleinen Mietwohnungen 29 773 Menschen, das sind 30 Prozent der Gesamtbevölkerung, in ungenügenden Räumen. Ungenügend, lediglich insofern, als die Zahl der Bewohner mit dem vorfindenden Luftstrom in Beziehung gesetzt wird. Dabei läßt man noch alle anderen Mängel gesundheitlicher, baulicher, sittlicher oder sozialer Natur außer acht. Nimmt man die mit solchen Mängeln behafteten Kleinwohnungen noch hinzu, so zeigt sich, daß der aber große Teil der minderbemittelten Volksschichten in Hessen dauernd in menschenunwürdigen Behausungen lebt.

Nur behauptet man wohl vielfach, das Proletariat hätte kein rechtes Gefühl für gute Wohnungen, lebte vielmehr „ganz besaglich“ in den überfüllten, schlecht ausgestatteten Räumen. Wenn es so wäre, würde es nur beweisen, daß das dauernde Elend die Massen bereits in einem unerhörten Grade abgestumpft hätte. Aber es ist gar nicht so. Den Beweis kann man dadurch als gegeben ansehen, daß Proletarier nicht nur in den größeren, sondern auch in den kleinen Ortschaften sozusagen beständig auf der Walze sind, d. h. nach besseren, häufig allerdings auch nach billigeren Wohnungen Ausschau halten. Bei jedem Quartalswechsel gerät die proletarische Bevölkerung in eine quirlige Bewegung; das bisherige Hausrat wird aufgepackt, aus einer schädlichen Beside hiedelt die Familie in eine andere über. So haben beispielsweise in der Stadt Offenbach im vorigen Jahre von 13 227 Haushaltungen rund 10 000, das sind 75 Prozent, ihre Wohnung gewechselt. In Neu-Isenburg sind 1906 42 Prozent der Familien umgezogen; in Darmstadt, Kofheim, Mainz und Worms haben ein Viertel aller Familien die Wohnung gewechselt, in Alzey, Bingen und

Gießen ein Sechstel usw. In den kleineren Orten kann gar nicht die Rede davon sein, daß der Arbeiter etwa aus dem Grunde seine Wohnung wechselt, um immer nahe an seiner wechselnden Arbeitsstätte zu sein; in Dörfern und kleinen Marktorten ist es ganz gleichgültig, ob jemand an der einen oder anderen Ecke haust, weil die Wege doch immer nur kurz sind und wenig Zeit beanspruchen.

Wie kann unter so traurigen Verhältnissen, bei der ungenügenden Ausstattung, bei dem beständigen Wechsel des Haus zur Stätte eines geordneten, segensreichen Familienlebens werden? Man muß schon auf dem Standpunkt des faustischen Vorkämpfers der Hausbesitzerinteressen, des Justizrats Baumert in Spandau stehen, um die unwürdige Zusammenpökelung der Bevölkerung in dumpfen, luft- und lichtlosen Wohnungen als besonders förderlich zur Ausbildung kameradschaftlicher und freundschaftlicher Gefühle anzusehen; man muß schon mit diesem Manne die gemeinliche Benutzung eines Aborts als die „Quelle inniger Verbundenheit“ in der Bevölkerung betrachten, um Zustände ertragen zu können, wie sie der hessische Landeswohnungsinspektor uns meldet. Aus Mainz wird beispielsweise berichtet, daß die Abortanlage gemeinlich benutzt wurde von 3 Familien in 382 Fällen, von 4 Familien in 170 Fällen, von 5 Familien in 90 Fällen, von 6 Familien in 43 Fällen, von 7 Familien in 14 Fällen, von 8 Familien in 4 Fällen, von 9 und 11 Familien in je 2 Fällen, von 12 und 14 Familien in je einem Falle. Man stelle sich vor: 14 Familien = 70 Personen benutzen ein gemeinsames Klosett! Für solche Zustände gibt es nur einen einzigen Ausdruck: Schweinerei. Der Wohnungsinspektor sagt freilich, indem er hoffnungslos die Hände sinken läßt, der Kampf gegen diese Zustände sei fast aussichtslos, da den Hausbesitzern selbst oftmals die Mittel zu einem zweckmäßigen Umbau haushälterischer Häuser mangelten. Aber er wird uns zugestehen, daß das wahrlich kein genügender Grund ist, um die große Masse der Bevölkerung in unwürdigen Wohnungsverhältnissen verkommen zu lassen. Wenn die private Bautätigkeit versagt, wenn sie nicht imstande ist, dem primitivsten Wohnungsbedürfnis der arbeitenden Bevölkerung Genüge zu leisten, dann müssen die Gemeinden, der Staat und das Reich eingreifen. Und hier setzt die eigene politische Verpflichtung des Proletariats zur Besserung dieser Zustände ein. Es muß Sturm laufen gegen die heutige Gemeinde- und Staatsordnung, die nur auf die Bedürfnisse der reichen Leute zugeschnitten sind; es muß sich ein Anrecht auf menschenwürdige Existenz erkämpfen. So wie die Dinge heute liegen, gilt noch immer in einem gewissen Grade das Wort, das Friedrich Engels schon im Jahre 1872 in einem Aufsatz über die Wohnungsnot geschrieben hat: die größte Wahrscheinlichkeit spreche dafür, daß dem Proletarier jede mühsam erkämpfte Lohnerhöhung infolge von Verteuerung seines Lebensbedarfes, vornehmlich der Wohnungsmiete, wieder abgenommen werde. Die unendlich mühevolle, oftmals vom schärfsten Erfolge begleitete Gewerkschaftsarbeit wird in ihren Erfolgen allerdings immer wieder bedroht, so lange das Privateigentum an Grund und Boden den Hausbesitzern ebenso wie den Agrariern das Recht gibt, die besitzlosen Massen ganz nach Belieben zu schröpfen. Insofern ist es gewiß richtig, daß eine durchgreifende, bis an die Wurzeln reichende Verbesserung dieser Zustände erst mit der Einführung des Gemeineigentums an den Produktionsmitteln und dem Grund und Boden erreicht werden kann; aber wir dürfen nicht fatalistisch die Hände in den Schoß legen und latentlos auf den großen Tag der Befreiung hoffen, sondern wir müssen uns um schnelle Reformen bemühen und alles aufstellen, damit wir das Los der Minderbemittelten verbessern. Die Wohnungsfrage ist und bleibt die soziale Zentralfrage. Eine wirkliche Gesundung unseres Volkes, ein Erstarken seiner Lebenskraft, eine körperliche, geistige und sittliche Hebung der großen Massen kann nur durch eine Verbesserung der Wohnungsverhältnisse herbeigeführt werden. Wir müssen das Haus zu einem Horten wahren Menschentums machen, es nicht mehr bestehen lassen als das, was es heute ist, nämlich als eines der Mittel schamloster Ausbeutung der Proletarier.

Gewerkschaftliche Monatsrevue.

Juni.

Der Juni brachte der deutschen Arbeiterbewegung eine mehr als unangenehme Erscheinung: Das Fiasko des deutschen Genossenschaftstages in der wichtigsten Frage, nämlich die Stellung der Genossenschaften als Arbeitgeber. Die Haltung des Genossenschaftstages, Referat und Resolution v. Elms, ist das Unbegreiflichste, das bisher in dieser alten Streitfrage zutage getreten ist.

Das genossenschaftliche Arbeitsverhältnis soll als Muster für die Privatbetriebe dienen können, das ist die erste Forderung, die man an die Genossenschaften stellen muß. Daß in den deutschen Konsumvereinen diese Forderung bisher nicht erfüllt wurde, war ja kein Geheimnis. Theorie und Praxis standen sich selten so schroff gegenüber, als gerade in den Genossenschaften. Theoretisch wurden sogar Tarifverträge von den Zentralinstanzen der Konsumvereine unter Zustimmung der Genossenschaftstage in Stuttgart und Stettin mit beteiligten Gewerkschaften abgeschlossen — als aber die Vertreter der Gewerkschaften bei einzelnen Genossenschaftsleitungen vorstellig wurden, um den Tarif zur Einführung zu bringen, dann patierten

ihnen weit schlimmere Sachen, als heute bei den Großkapitalisten zu passieren pflegen. Zu Herrn Wom in Hamburg, dem langjährigen Hauptmann der deutschen Scharfmacher, ist es möglich, zu gelangen, man wird zwar nicht viel erreichen können, aber anständig empfangen wird man auf alle Fälle. Der Vertreter der Väterorganisation ist von Genossenschaftsleitern zur Tür hinausgewiesen worden, weil er die Einführung des Tarifs forderte.

Es dahin befehligten sich wenigstens die Zentralinstanzen der Konsumvereine sich einer halbwegs anständigen Behandlung der gewerkschaftlichen Forderungen. Sie konnten zwar nicht immer die erwachsenden modernen Unternehmerratsen berbergen, aber so ungefähr gelang es ihnen bislang doch. In Düsseldorf ist die Maske gefallen. Wir lehnen es ab, „Zukunftsaussichten“ heute zu erfüllen, fürte es da den Gewerkschaftlern entgegen, die zehnjährige Arbeitszeit, Nachtarbeitsverbot und Sonntagsruhe forderten! Zur Orientierung unserer Leser drucken wir hier die Resolution, die von v. Elm im Einverständnis mit dem Vorstand des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine eingebracht wurde und die die Zustimmung des Genossenschaftstages fand, ab. Sie lautet:

Der Genossenschaftstag erklärt:

Genossenschaftliche Lohn- und Arbeitstarife können nicht auf solchen Prinzipien aufgebaut werden, deren Durchführung bei den konkurrierenden Privatbetrieben noch in weiter Ferne liegt.

Zur eigenen Interessen müssen die Genossenschaften das Streben ihrer Arbeiter und Angestellten zwecks Erreichung solcher sozialwirtschaftlichen Ziele nach Kräften unterstützen und bemüht sein, aus eigener freier Entschliebung die aufgestellten prinzipiellen Forderungen in den genossenschaftlichen Betrieben mehr und mehr zu verwirklichen.

Der Genossenschaftstag muß es jedoch ablehnen, schon heute solche Forderungen zu realisieren, welche weit über das hinausgehen, was die Gewerkschaften bei den privaten Unternehmern verlangen und durchsetzen vermögen, und durch welche unter den gegebenen Verhältnissen eine große Anzahl genossenschaftlicher Betriebe konkurrenzunfähig gemacht und damit ihnen, sowie zugleich auch den von ihnen beschäftigten Personen, die Existenzmöglichkeit geraubt würde.

Bezüglich der Forderungen der Lagerhalter und Handlungsgehilfen erklärt der Genossenschaftstag:

Die eingereichten Tarifforderungen zurzeit allgemein durchzuführen, würde den ruin einer großen Zahl von Genossenschaften zur Folge haben. Er bedauert deshalb — bei aller Sympathie für die Bestrebungen der Angestellten in dieser Richtung — dennoch den Abschluß von Tarifen auf dieser Basis ablehnen zu müssen und erwartet, daß die Angestellten und Arbeiter aus prinzipiellen, praktischen und moralischen Gründen, in ihrem eigenen Interesse und im allgemeinen Interesse des Fortschritts des Genossenschaftswesens bei ihren Tarifforderungen, mehr als dies bisher geschehen, die realen Verhältnisse berücksichtigen.

Der Genossenschaftstag beauftragt die zu diesem Zwecke gebildeten Instanzen des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, in eventuell gewünschte Verhandlungen mit den Vertretern jener Organisationen einzutreten. Dienen Verhandlungen sollen soweit wie möglich die in der Broschüre: Tarifverhandlungen, Seite 14 u. f., veröffentlichten Leitfäden zugrunde gelegt werden. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, daß

1. die gleiche Bezahlung der Lagerhalter und Lagerhalterinnen,

2. die Festlegung der Umlagssätze pro Verkaufskraft

für die Konsumvereine des Zentralverbandes unannehmbar sind. Sollten die Gewerkschaften der Lagerhalter und Handlungsgehilfen bei der Fortsetzung der Verhandlungen auf diesen Forderungen beharren, so sind z. B. die Instanzen des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine gezwungen, die Verhandlungen einzustellen, da alsdann der Abschluß von annehmbaren Tarifverträgen aussichtslos erscheint.

Die konkurrierenden Privatbetriebe sind in diesem Falle die kleinen Krämer, die die rüchändigte Betriebsform vertreten. Die Genossenschaften aber sollen eine höhere Betriebsform darstellen, eine Betriebsform, die nach den Ideen vieler Genossenschaftsagitatoren legar bei der Ablösung der kapitalistischen Gesellschaft eine nicht geringe Rolle spielen wird. Und vor allem: die Konsumvereine arbeiten auf der Grundlage des organisierten Konsums, sie verkaufen nur gegen bar an ihre Mitglieder und — sollen wenigstens — auch um gegen bar kaufen mit. Aufschaltung der Zwischenhände. Hierin soll die Stärke des genossenschaftlichen Wesens liegen. Und trotz alledem „müssen“ es die Genossenschaften in obiger Resolution ablehnen, solche Forderungen zu realisieren, die bei der Konkurrenz, d. i. bei den kleinen Krämer, von den Gewerkschaften nicht durchgeführt werden können.

Die Konsequenzen dieser rüchändigen Stellungnahme mußte der Genossenschaftstag auch sofort tragen. Der zur Erneuerung vordringende Vätertarif wurde von der Mehrheit in einer Form abgeändert, die den Vertreter des Väterverbandes veranlaßte, zu erklären, daß für seinen Verband der so abgeänderte Tarif unannehmbar sei. Darob große Bestürzung im Zentralvorstande der Konsumvereine, denen das böse Gewissen eine Sitzung mit den Vertretern der Brauereiarbeiter arrangieren ließ, in der eine abgeänderte Form des Tarifs vereinbart wurde, die unumkehrbar den Konsumvereinen zur schriftlichen Abstimmung unterbreitet werden soll. Der so abgeänderte Tarif soll dann als Provisorium bis zum nächsten Genossenschaftstage gelten.

Schon der erste Versuch, die neuen genossenschaftlichen Grundzüge zur Geltung zu bringen, scheiterte also. V. Elm aber, anstatt begangene Fehler einzusehen, vernebelt an die Arbeiterpresse lauge Darlegungen über die Vorzüglichkeit und Notwendigkeit seiner jetzigen Grundzüge, die das genaue Gegenteil von dem beizagen, was v. Elm selbst in den ersten Stadien seiner genossenschaftlichen Entwicklung betont hat. Jedenfalls steht heute schon fest, daß die gesamte Arbeiterpresse einzig in der Zurückweisung der Grundzüge, die Elm und der Düsseldorf Genossenschaftstag in den Fragen der genossenschaftlichen Angestellten und Arbeiter proklamiert haben.

Der evangelisch-soziale Professor Bernhardt sprach im vorigen Jahre auf dem evangelischen Kongress von „der unheimlichen Macht des Kapitals über jeden, der in seine Mähe kommt.“ Das Wort bewahrt sich heute leider auf unsere Genossenschaftsführer. Zudem sie den genossenschaftlichen Betrieb nach kapitalistischen Grundzügen bewerten, verfallen sie in die alten Gepflogenheiten, wie die modernen Kapitalisten. Daß das gerade v. Elm passieren muß, ist bedauerlich. Die deutschen Arbeiter aber haben die Pflicht, in die Arbeiterkonsumvereine einzutreten und laufende und tätige Mitglieder zu werden. Sie werden dann aber auch aus den Genossenschaftsleitungen die Kräfte weichen hinweggehen und eine solche Führung des Genossenschaftswesens herbeiführen können, die sich ihrer Verantwortung nicht nur den Genossenschaften, sondern der gesamten Arbeiterbewegung gegenüber bewußt ist. Das scheint zurzeit nicht der Fall zu sein, wobei nicht vergessen werden soll, daß wir eine nicht geringe Zahl gut geleiteter Konsumvereine haben.

die auch auf dem Gebiete des genossenschaftlichen Arbeitsverhältnisses...

Die Klagen der Genossenschaftsführer über mangelhafte genossenschaftliche Schulung...

In der politischen Welt brachte der Juni eine Ueberwindung von großem gewerkschaftlichen Interesse...

Pojadowsky war, soweit seine Sozialpolitik in Frage kommt, gewissermaßen ein Zentrumsmittler...

An gewerkschaftlichen Kämpfen war auch der Juni reich. In Ende kamen nur einige Kämpfe der Metallarbeiter...

Die Kämpfe der Seeleute dauerten in ihrer ganzen Schärfe während des ganzen Monats fort...

Zu Schweden wurden die Brauereiarbeiter auf Grund eines Betriebsstreiks ausgesperrt...

Christliche Interessenvertretung.

Wie die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften bei den Berichten ihrer Führer über ihre Tätigkeit...

Obgleich in den Großstädten sich die Unternehmer mit der Organisation der Arbeiter als ein notwendiges Uebel...

Wie wenig dieses auf Wahrheit beruht, geht schon aus dem weiteren Bericht über die Bezirkskonferenz...

Von den Delegierten der Zahlstelle Lippstadt wurde die Haltung des Bezirksleiters bei Gelegenheit der Entlassung eines Kollegen...

Als für die Mitglieder „ich wer verständig“ war das Vorgehen des christlichen Bezirksleiters...

Auf der Brauerei Weissenburg in Lippstadt wurde Ende des vorigen Jahres der Arbeiter Mertensmeier aus wichtigen Gründen von dem jetzt verstorbenen Braumeister...

keine Antwort. Dann eine Deyelche. Endlich kommt Herr Widmann an und spricht: „Mit einem Mann, welcher sein Wort gebrochen hat, kann ich nicht verhandeln...“

So sieht die Interessenvertretung dieses christlichen Führers für seine Mitglieder aus. Ein kleiner Teil der Mitglieder hat hieraus die richtige Konsequenz gezogen...

Saarabien und Umgebung.

Vor zwei Jahren, im Jahre 1905, gelangte folgendes auch uns zugegangenes Zirkular des Arbeitgeberverbandes der Brauereien Südwestpreußens...

„Vertauslich.“

Die immer mehr um sich greifende festgefügte Organisation der Arbeiter hat in weiten Kreisen der Industrie die Ueberzeugung hervorgerufen...

Auch für das Braugewerbe ergab sich allenthalben die Notwendigkeit, den Weg der Selbsthilfe zu betreten und Einrichtungen zur Wahrung seiner berechtigten Interessen ins Leben zu rufen...

Von diesen Erwägungen ausgehend, ist am 1. April v. J. der Arbeitgeberverband der Brauereien Südwestpreußens, der Pfalz und benachbarter Gebiete ins Leben gerufen worden...

Bei den beunruhigenden Erscheinungen innerhalb der Arbeiterkreise des Braugewerbes halten wir im Interesse jeder einzelnen Brauerei eine Versicherung gegen Verunsicherung...

Der unterzeichnete Vorstand richtet deshalb an Sie die ergebene Bitte, Ihren Beitritt zu dem Arbeitgeberverbande...

Der Jahresbeitrag beträgt eine Mark pro Kopf der bei Ihnen beschäftigten Arbeiter.

Ihre Beitrittserklärung bitten wir an den unterzeichneten Vorsitzenden, Brauereibesitzer Oskar Neufang in St. Johann a. d. Saar...

Hochachtungsvoll!

Der Vorstand des Arbeitgeberverbandes der Brauereien Südwestpreußens, der Pfalz und benachbarter Gebiete. Oskar Neufang, Brauereibesitzer, in St. Johann, Vorsitzender...

Wie im allgemeinen, so werden auch hier die Unternehmer zur Organisation aufgefordert, um den „maßlosen und ungerechtfertigten“ Forderungen der Arbeiter entgegenzutreten...

Nun finden wir im Jahresbericht der Handelskammer Saarbrücken für 1906 einen Bericht über eine Vereinigung der Brauereien des Regierungsbezirkes Trier...

Die Löhne sind ebenfalls gestiegen, aber auch sie fallen bei dem Werte des Erzeugnisses nicht besonders ins Gewicht; im Gegenteil: bei allgemein hohen Löhnen...

Das ist ja ein ganz vernünftiger Wandel in der Auffassung, die die Brauereien leider bisher nur noch nicht bezeugt haben. Aber wir werden die Herren daran erinnern...

Aus dem Ofen.

Recht traurige Zustände herrschen noch in der Bergisch-Märkischen Brauerei, Saarnberg, Rheinpreußen. Dividende wüßte sie ab in sehr reichlichem Maße...

Jahres keinen zurückgehaltenen Lohn. Er geht leer aus. Und wie groß ist hier der Wechsel: sobald sich Gelegenheit bietet im Frühjahr...

Die Brauerei brüht sich zwar noch, daß sie das volle Krankengeld und auch den Invaliditätsbeitrag bestreitet...

Schon jetzt schäutert man die Leute ein, indem man erklärt: Wir bekommen sogar im Winter für 1,50 Mark 20 Arbeiter...

Ein Versammlung konnte nicht stattfinden wegen allzu schwacher Beteiligung. Der Gedanke bricht sich aber auch hier unter den Arbeitern Bahn...

An die Brauereiarbeiter ergoht aber hier der Ruf: Stärkt eure Organisation, schließt euch dem Zentralverband der Brauereiarbeiter an...

Auch in Elbing sieht es nicht besser aus. Wie oft sind hier den Leuten die Vorteile einer Organisation vor Augen geführt, aber die Gleichgültigkeit rächt sich bitter...

Vorwärts in Stettin!

Lange hat es gedauert, viele Mühe hat es gekostet, manche Weg, manche Besprechung vergeblich, ehe die Organisation unter den Stettiner Brauereiarbeitern Wurzel faßte...

In einigen Brauereien haben die Kollegen erkennen gelernt, daß vereinigt sie nichts mehr sind, geschlossen, vereint im Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter eine Macht...

Die Kollegen der Tivolibrauerei eröffneten den Reigen der Lohnbewegung, nachdem ein einheitlicher Tarif vom Verband der Brauereien abgelehnt worden war...

Die nächsten waren die Kollegen der Elbium-Brauerei, welche auf dem Plane erschienen und energisch die Durchführung eines Lohntarifs anstrebten...

Nach halbtägiger Dauer des Streiks wurde schon wieder Friede geschlossen, der Tarif ward anerkannt, eine Entlassung ward zurückgenommen. Brauereiarbeiter Stettin! Von den Kollegen dieser beiden Bezirke könnt ihr es lernen...

Noch ist im Augenblick, wo wir dies schreiben, ein Abschluß der Bewegung in Köln nicht erfolgt, ja es ist immer noch zweifelhaft, ob ein solcher bei der Haltung der Unternehmer möglich sein wird...

Die Lohnbewegung in Köln.

Köln, dem Ausgangspunkt der großen Aussperrung des Jahres 1905, mit seiner so lange Zeit fast völlig indifferenten Brauerei...

arbeiterchaft, die plötzlich im Rausche der Begeisterung in Scharen der Organisation zuströmten, wurde in den Kreisen der Brauerarbeiter nach der Aufsperrung so ziemlich allgemein ein Zurücktreten in seine ehemalige Dignität prophezeit. Das Unternehmertum hat die Köhler Häuflein für abgetan gehalten. Welche gewaltige Summe stehender Kraft unseres Verbandes offenbart sich darin, daß alle diese Voraussetzungen durch die Tatsache zu schanden gemacht sind, daß noch nicht zwei Jahre nach der Aufsperrung die Köhler Brauerarbeiterchaft mit neuen Forderungen hervortreten kann, und daß das Unternehmertum, daß der Boykottschlußverband der rheinisch-westfälischen Brauereien es für zweckmäßig hält, einen Tarifvertrag mit derselben anzutreten. Selbst das Gros unserer Mitglieder dürfte kaum in der Lage sein, die eminente Bedeutung und Tragweite dieses Ereignisses zu beurteilen, wieviel weniger unsere Gegner in den Arbeiterkreisen, und selbst die wiederholten Anzusperrungen seitens des Transportarbeiterverbandes über die „große Dummheit“, welche der Brauerarbeiterverband mit dieser Aufsperrung gemacht haben soll, sind wenigstens erklärlich aus der Unkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse der wirkenden Kräfte.

Zugeständenermaßen ist die Aufsperrung inszeniert worden, um der fortschreitenden Tarifbewegung Inhalt zu tun und die bestehenden Tarifverträge zu zertrümmern. Der Ausspruch Dr. Kreuzbauers bei der Lohnbewegung in Hagen: „Zu was haben wir denn ausgesperrt, wenn wir jetzt Tarife abschließen sollen“, beleuchtet blendend hell die Situation. Und der Drang der Arbeiterchaft zwang ihn schließlich zum Abschluß von Tarifen, und damit war das Kreuzbauer'sche System zu Fall gebracht. Das ist der Schlüssel des großen Aufsperrungsdramas, welches freilich der Organisation und vielen wackeren Kollegen schwere Opfer auferlegt hat, und er enthält den Sieg des Bestrebens des Brauerarbeiterverbandes über den reaktionären Standpunkt des rheinisch-westfälischen Boykottschlußverbandes. Daß damit auch der Rücktritt seines Syndikats, Dr. Kreuzbauer zumal zutrifft, mag wohl Zufall sein, symptomatisch ist er immerhin.

Es wäre Torheit, heute die Augen vor der feststehenden Tatsache zu verschließen, daß, wenn man alle Nebeneinrichtungen außer Beachtung läßt, das eine Ergebnis der Aufsperrung übrig bleibt: das Unternehmertum hat die wichtigsten organisatorischen Kräfte innerhalb der Brauerarbeiterchaft unterjocht, es konnte deshalb das verheißene und gefegte Ziel nicht erreichen. Andererseits ist dadurch für die Bestrebungen der organisierten Brauerarbeiterchaft die Bahn freigemacht worden. Wir täuschen uns nicht über die Schwierigkeiten, welche noch zu überwinden sind, wissen, daß Gruppen einflussreicher Brauerunternehmer noch mit Zähigkeit an dem alten System sich festklammern und es verteidigen, aber entgegengelegte Interessen anderer Unternehmergruppen und unaufhörliche Stärkung der Arbeiterorganisation wird sie mit Sicherheit von diesem trügerischen Halt losreißen.

Ein anderes, nicht minder charakteristisches Bild bietet die Köhler Lohnbewegung in dem Verhalten der Bundesgenossen. Sie stellen Forderungen, vertreten die gemeinsamen mit dem Verband und — verpflichtet sich, sie gegebenen Falles mit zu erklären. Nicht, daß wir alle in Bundesgenossen vertrauen, daß sie im Ernstfall auch ehrliche Waffenbrüderchaft halten würden, denn die meisten haben sich doch unter die Fittiche des Bundes geflüchtet, um einer solchen Eventualität aus dem Wege zu gehen, aber das ändert nichts an der prinzipiellen Bedeutung eines solchen Schrittes. Der Bundesgenossenverein in Köln hat eingesehen, daß mit der Harmonieduselei gebrochen werden muß, wenn die Rechte der Arbeiter gewahrt werden sollen.

Ungeahnt und unbewußt ist er auf den Weg des bisher verpönten Klassenkampfes gedrängt worden, ist er bei wirklicher Vertretung der Arbeiterinteressen in den unvermeidlichen Gegensatz mit den Unternehmerinteressen gesetzt worden. Zieht er die letzten Konsequenzen, so wird er sehr bald erfahren, daß das heiße Wohlwollen der Unternehmer stark abfließt, denn es besteht nur solange, wie die Bundesgenossen nicht die Interessen der Arbeiter, sondern diejenigen der Unternehmer vertreten. Man hatte ihnen auch in Köln wieder diese Rolle zugeordnet, hatte sie gelobt vorgenommen, und sie sind erfreulicherweise den Sirenenklängen nicht gefolgt. Sie haben das Unwürdige einer solchen Handlungsweise eingesehen. Und noch mehr! Die gemeinsame Unterhandlung hat ihren Vertretern mit erschreckender Deutlichkeit gezeigt, wie in Rheinland-Westfalen das Verhalten der Bundesgenossenvereine, speziell in Dortmund, den Bestrebungen der Brauerarbeiterchaft hindernd gewesen ist. Es müßte schon ein geistig Blindes sein, der nicht herausgesehen hätte, daß der Autokratismus der Feststellungs-Kommission nur durch die indirekte Beihilfe der Bundesgenossen möglich ist. Und nun werden sie mit ihren eigenen Worten gepöchtelt. Mögen manche von ihnen ein noch so dickes Fell haben, nach und nach werden die Streiche doch empfindlich, und dann kommt auch die Erkenntnis, daß die Interessen der Arbeiter in allen Punkten gleiche sind, daß ihre wirksame Vertretung allein in einer einheitlichen Organisation gewährleistet ist, daß selbst bei gutem Willen jede Sonderbestrebung zum Nachteil der Gesamtheit und damit zu seinem eigenen sein muß. Die Erkenntnis aber wird ihnen zeigen, was nos tut, und wird ihnen Mut einflößen, die Konsequenzen daraus zu ziehen, zum Besten aller Brauerarbeiter.

Bewegung im Berufe.

Lohnbewegungen. — Tarifverträge. — Differenzen.

† **Zuzug ist fernzuhalten nach Norden** (Doornlaak), **Hersfeld**, **Doornlaak** (Brauerei Schur), **Zehe** (Mittelsbrauerei), **Detmold**, **Blankenburg** (Brauerei Gläuf), **Langesalz** (Brauerei Brauerei), **Werden a. Ruhr** (Brauerei Haverlam), **Stöbenz-Niedermerding-Weichenhurn**, **Stettin**, **Höllmühlheim**, **Mosbach i. W.** (Brauerei Hübener), **Berga** (S.-W.), **Worheim**, **Memmingen** und **Hugsburg**.

† **Der „Doornlaak“-Schuaps** ist infolge des Kampfes mit der Brauerei und Brennerei Doornlaak in Norden **boykottiert**. Kollegen, sorgt für Ausführung dieses Beschlusses!

† **Hüfledt. Tarifvertrag der Aktienbrauerei** mit dem Zentralverband deutscher Brauerarbeiter.

Lohn pro Woche, Zahlung Freitags vor Arbeitschluß, für Brauer und Böttcher bei der Einstellung 20 Mk., steigend jährlich um 1 Mk. bis 23 Mk.; Maschinisten und Heizer wie oben 18 bis 21 Mk.; Hilfsarbeiter 17—20 Mk., Flaschenkellerarbeiter über 18 Jahre 15—18 Mk., unter 18 Jahren 12—15 Mk. Treten Hilfsarbeiter an Stelle eines Gelehrten, so erhalten sie deren Löhne.

Arbeitszeit im inneren Betrieb im Sommer 10 1/2, im Winter 10 Stunden.

Sonntagsarbeit wird den Ungelernten mit 35 Pf., den Gelehrten mit 40 Pf. pro Stunde vergütet.

Bei militärischen Übungen wird während der ersten 14 Tage der Lohn gezahlt, bei Krankheiten die Differenz zwischen Lohn und Krankengeld.

Hausstrunk 5 Liter täglich. — Freies Koalitionsrecht. — Alle Streitigkeiten werden durch den Brauerarbeiter-Verband geschlichtet. Vorstehendes tritt am 1. Juli 1907 in Kraft.

Hüfledt, den 1. Juli 1907.

Für die Brauerei: Laube.

Für den Brauerarbeiter-Verband: Stöcklein.

† **Barmen. Tarifvertrag der Union-Brauerei**, Barmen, mit dem Zentralverband deutscher Brauerarbeiter.

Arbeitszeit für Brauer bei 11 1/2-stündiger Präsenzzeit 9 Stunden. Frühstückspause von 8—9, Mittagspause von 12 bis 1 1/2 Uhr. — Für Bierfahrer ist die Arbeitszeit möglichst den obigen Bestimmungen anzupassen. In dringenden Fällen beginnt die Bezahlung der Ueberstunden ab 7 Uhr abends. — Maschinisten pro Woche 72 Stunden. Ueberstündigen werden pro Schicht mit 6 Mk., Teilstücken als Ueberstunden bezahlt.

Ueberstunden werden Wochentags mit 50 Pf., Sonntags mit 60 Pf. bezahlt.

Löhne für Brauer, Maschinisten und Bierfahrer bei der Einstellung 28 Mk., steigend halbjährig um 1 Mk. bis 30 Mk. Lohnzahlung Freitags während der Arbeitszeit ohne Abzug der in die Woche fallenden Feiertage und der Versicherungsbeiträge, die Woche eingeteilt in 6 Schichten.

Bei militärischen Übungen wird bis zu 14 Tagen der volle Lohn ausbezahlt, bei Krankheiten die Differenz zwischen Lohn und Krankengeld vergütet. Bei sonstigen unverschulderten Verläumdungen bis zu einem Tage findet Lohnabzug nicht statt.

Urlaub ohne Lohnabzug erhält jeder Arbeiter nach 1jähriger Tätigkeit 3 Tage, nach 2 Jahren 1 Woche.

Der 1. Mai wird als Feiertag ohne Lohnabzug freigegeben, nicht ausführbare Arbeiten müssen verrichtet werden. — Bade-, Wasch-, Umkleide- und Trockenträume sind einzurichten. — Gutes Freibier.

Der Tarif tritt am 1. Juni 1907 in Kraft; die Löhne sind rückwirkend auf die Dauer der Beschäftigung.

Barmen, den 3. Juli 1907.

Unionbrauerei, G. m. H. S.: Kampeter, König.

Zentralverband deutscher Brauerarbeiter: W. Franke.

Durch diesen Tarif ist pro Mann und Woche eine Lohnerhöhung von 3 Mk. erzielt worden und 1 Stunde Arbeitszeitverkürzung täglich, ohne die sonstigen Verbesserungen. Und die Barmen Brauerarbeiter schlafen zum großen Teil immer noch und finden die Organisation nicht. Wacht endlich auf!

† **Überfeld.** Eine öffentliche Brauerarbeiterversammlung am 30. Juni beschäftigte sich mit dem gegenwärtigen Stand der Lohnbewegung. Kollege Stenz verlas den im Mai dieses Jahres eingereichten Tarifentwurf, sowie das Antwortschreiben und den Gegenentwurf der Unternehmer. Die gewöhnlich in solchen Fällen, stimmten auch hier die Arbeitgeber wieder die Klageklagen an über die erhöhten Zölle, Steuern usw. und wollen dann auf Grund dieses nur eine ganz minimale, mit den gegenwärtigen Verhältnissen gänzlich in Einklang zu bringende Lohnerhöhung bewilligen. Von Arbeitszeitverkürzung, Urlaub und Freibierabteilung ist keine Rede. Redner kommt sodann auf den vor einiger Zeit abgeschlossenen Tarif in Hamburg zu sprechen, und wie es da trotz schwerer Kämpfe die Berufskollegen verstanden haben, an der Organisation festzuhalten und dieselbe noch besser auszubauen, jedoch sie imstande waren, dem Unternehmertum einen müßiggelähmten Tarif abzurufen. Dieser Opfermut und Ausdauer der Hamburger Kollegen kann den hiesigen Brauerarbeitern nur vorbildlich sein. Kollege Franke berichtete, wie die Arbeitgeber bei dem Tarifabschluß vor vier Jahren mit Verprechungen für den nächsten garnicht gefahrt hätten. Arbeitszeitverkürzung, Lohnerhöhung usw., alles wurde auf den nächsten Tarifabschluß verschoben, sogar die Freibierabteilung sollte in wohlwollende Erwägung gezogen werden. Von alledem scheint man nichts mehr zu wissen. Redner erklärt, daß den Arbeitgebern nur eine geschlossene Organisation der Arbeiter imponiert und sie sich einzig und allein nur durch dieselbe bewegen lassen, annehmbare Verhältnisse zu schaffen. Vor allen Dingen müsse aber jetzt auf mündliche Verhandlung gedrungen werden. Nach ausgiebiger Diskussion im Sinne der vorstehenden Ausführungen fand eine Resolution einstimmige Annahme, wonach die Versammlung die Zugeständnisse der Brauereien für lange nicht ausreichend genug erachtet, mit aller Energie an den Forderungen festzuhalten gewillt ist und mündliche Verhandlung verlangt.

† **Hamm. Streik und Tarifvertrag.** Der Brauerei „Marx“ wurde am 8. April ein neuer Tarifentwurf eingereicht. Die zugesagten Unterhandlungen verweigerte die Direktion, bis sie am 23. Mai der Lohnkommission eine Bekanntmachung überreichen ließ, in welcher die Lohn- und Arbeitsverhältnisse einfach diktiert wurden. Hiermit waren die Kollegen selbstverständlich nicht zufrieden und beantragten sie die Lohnkommission, eine mündliche Verhandlung nachzusuchen. Die Direktion antwortete: „Eine weitere Verhandlung hätte keinen Zweck, da das bis jetzt Zugelassene das äußerste wäre; im übrigen: die große Mehrzahl der Arbeiter sind doch zufrieden.“ Da alle friedlichen Versuche vergeblich waren, beschloßen die Kollegen mit Genehmigung des Hauptvorstandes, die Arbeit nicht eher wieder aufzunehmen, bis die Unterhandlung stattgefunden habe. Dies geschah am 30. Mai. Maschinisten, Heizer, sämtliche Bierfahrer, von welchen noch einige durch das Verhalten der Direktion zur Erkenntnis gekommen sind, daß ihr Platz in der Organisation ist, sowie die Brauer und Küfer legten die Arbeiter nieder.

Die Direktion versuchte es mit einem Schreckschuß und machte durch Anschlag bekannt, daß die Arbeiter die Arbeit aufnehmen müßten, widrigenfalls die Brauerei sich nach anderen Deuten umsehen würde. Der Liebe Müß' war vorgebens.

Am 1. Juni fand dann Unterhandlung statt, nachdem auch das Gewerkschaftskomitee zur Sache Stellung genommen und den Brauerarbeitern Unterstützung zugesagt hatte und besonders auch die Bergarbeiter des Kamener Bezirks das Bier verweigerten, und kam dann der Tarifvertrag zustande, der den Bierfahrern eine wöchentliche Lohnerhöhung von 4 Mk. allen übrigen Arbeitern von 2 Mk. brachte, neben anderen Vergünstigungen. Des weiteren wurde noch vereinbart, daß sämtliche Kollegen den Lohn vom 15. April, also 7 Wochen, nach den neuen Vereinbarungen nachbezahlt erhalten, sowie daß die 2 1/2 Tage, so lange die Kollegen im Streik waren, nicht in Abzug gebracht werden dürfen.

Auch ist noch ein jährlicher Urlaub bis zu 5 Tagen ohne Lohnabzug zugelassen worden, jedoch nur mündlich, wir werden aber darüber zu machen haben, daß er auch eingehalten wird; bis jetzt sind noch keine Klagen deshalb gekommen.

Nachdem dies alles genehmigt war, wurde beschlossen, am Montagmorgen wieder die Arbeit aufzunehmen. Jeder hat an seinen Posten zu kommen und Maßregelungen dürfen nicht stattfinden.

Nicht lange hat es jedoch gedauert, da stellten sich Mißhelligkeiten bei den Bierfahrern heraus, da die Direktion sich auf den Standpunkt stellte, Sonntagsarbeit bei den Bierfahrern müsse unentgeltlich gemacht werden. Ebenso sind die Ruhepausen nach bendeter Landtour nicht eingehalten worden. Nach einer weiteren Verhandlung wurde auch hierin eine zufriedenstellende Einigung erzielt und lauten die wesentlichsten Tarifbestimmungen wie folgt:

Arbeitszeit für Brauer, Mälzer und Küfer 9 1/2 Stunden bei zwölfstündiger Schicht. — Lohn bei der Einstellung 27 Mk., halbjährlich steigend um 1 Mk. bis 30 Mk. — Maschinisten und Heizer 25 Mk., steigend halbjährlich um 1 Mk. bis 27 Mk., zwölfstündige Schicht, jeden dritten Sonntag frei. — Bierfahrer 25 Mk., reguläre Arbeitszeit von 6 Uhr morgens bis 7 Uhr abends mit den bisher üblichen Ruhepausen. Nach längeren Landtours wird entsprechende Ruhepause gewährt. — Diejenigen Personen, die bisher mit höheren Löhnen bezahlt wurden, erhalten eine angemessene Aufbesserung. — Die Woche wird zu 6 Tagen gerechnet. Gesetzliche Feiertage dürfen nicht in Abzug gebracht werden. — Ueberstunden 60 Pf. pro Stunde.

Bierfahrer haben Sonntags Pferde zu puzen. Wer Urlaub wünscht, hat Sonnabends darum einzulommen. Für Sonntag 8 Uhr bis 5 Uhr wird 5 Mk. vergütet, Eisfahrer erhalten 1,50 Mark an Sonntagen. Bei Fahrten über Land werden, soweit die regelmäßigen Hauptfahrten in Betracht kommen, den Bierfahrern folgende Ruhepausen gewährt: Dreizehnstündige Tag, Dreizehnstündige Tag, 1/2 Tag, 1/2 Tag, 1/2 Tag, 1/2 Tag, 1/2 Tag, 1/2 Tag. — Nach bendeter Landtour ist Feiertag. — Bei Vorspann ist für den früheren Beginn der Arbeit eine entsprechende Ruhepause zu gewähren.

Bei Urlaubsberechtigungen bis zu einem Tage bei Familienverhältnissen usw., sowie bei militärischen Übungen erfolgt bis zu 14 Tagen kein Lohnabzug. Bei Krankheit werden die ersten drei Tage voll und von 3. bis 14. Tage die Differenz zwischen Lohn und Krankengeld vergütet.

Stellen, wo bisher gelernte Leute gestanden, werden bei Vakanz wieder mit solchen besetzt. — Der Hausstrunk bleibt in der bisherigen

Höhe bestehen, nicht verbrauchte Marken werden bei der Lohnzahlung mit 15 Pf. pro Stück zurückgenommen.

Die Vereinbarungen treten um 15. April 1907 in Kraft.

Hamm i. W., den 1. Juni 1907.

Hammer Brauerei „Marx“: Dr. Barnholt.

Zentralverband der Brauerarbeiter: Bräuling, Rosemehl, Braun, Dengler.

Durch diese langwierige Bewegung sind auch dem Gleichgültigsten die Augen geöffnet worden, daß nur durch eine starke Organisation der Brauerarbeitern annehmbare Verhältnisse geschaffen werden können. Jetzt heißt es aber rastlos vorwärts in der Agitation, bis jeder einzelne Brauerarbeiter Hamms der Organisation angehört. Vieles haben wir durch dieselbe schon errungen, vieles müssen wir noch erringen.

† **Süßb. Tarifvertrag der Brauereien von Süßb. und Umgebung** mit dem Zentralverband deutscher Brauerarbeiter.

Arbeitszeit im inneren Betrieb 9 1/2 Stunden.

Lohn für Brauer und Böttcher 30 Mk., nach 1 Jahr 31 Mk.; für Hilfsarbeiter 23 Mk., nach 1 Jahr 24 Mk.; Stadtfabrikarbeiter 18 Mk. und pro Hektoliter 25 Pf. Provision; Stadtfabrikarbeiter 20 Mk. und für 100 volle Flaschen 25 Pf. Provision; Landkutscher 22 Mk. und pro 100 Liter sowie für 100 volle Flaschen je 30 Pf. Provision; Maschinistenwärter und Heizer 27 Mk., ab 1. Mai 1908 28 Mk. Jeder zweite Sonntag frei.

Ueberstunden für Brauer und Böttcher Wochentags 70 Pf., Sonntags 80 Pf. pro Std.; für Hilfsarbeiter und Maschinistenpersonal Wochentags 60 Pf., Sonntags 70 Pf.

Werden Hilfsarbeiter an die Stelle eines Gelehrten gestellt erhalten sie der letzten Lohnsätze.

Bei Krankheitsfällen wird während der ersten 14 Tage die Differenz zwischen Lohn- und Krankengeld, bei Übungen während der ersten 14 Tage der Lohn fortgezahlt. Kleine Verläumdungen bis zu 1/2 Tag werden nicht an Lohn gekürzt.

In der Aktienbrauerei finden folgende Abweichungen statt:

Stadtfabrikarbeiter 20 Mk. Lohn, 25 Pf. Provision pro Hektoliter; Stadtfabrikarbeiter 21 Mk., 25 Pf. pro 100 Flaschen; Landkutscher 21 Mk., 50 Pf. Provision für 100 Flaschen; Stadt- und Landkutscher 21 Mk., Provision 25 Pf. für 100 Flaschen in der Stadt, 50 Pf. für 100 Flaschen über Land.

† **Mannheim. Tarifvertrag der Gesellschaft für Brauerei, Spiritus- und Preßhosenfabrik**, vorm. G. Sinner, zu Grünwinkel, Depot Mannheim, mit dem Zentralverband deutscher Brauerarbeiter.

A. Fahrpersonal. Wochenlohn im 1. Jahre 22 Mk., im 2. Jahr 23,50 Mk., im 3. Jahr 24,50 Mk., im 4. Jahr 25 Mk., nach dem 4. Jahr 25,50 Mk., Wagengelde bleiben beibehalten. Außerdem erhalten Kutscher 4,20 Mark wöchentlich für Hausstrunk. Der Lohn des Motorwagenführers beträgt 1 Mk. mehr.

Für Ausfahrten nach 6 Uhr abends werden Ueberstunden vergütet. Ueberstunden werden an Kutscher Wochentags mit 40 Pf., Sonn- und Festtags mit 60 Pf. pro Stunde bezahlt. Im Sommer jeder dritte, im Winter jeder zweite Sonntag ganz frei.

B. Hilfsarbeiter usw. Arbeitszeit im inneren Betriebe 9 1/2 Stunden.

Lohn für Hilfsarbeiter und Reserverfahrer über 18 Jahre im 1. Jahr 21 Mk., im 2. Jahr 22 Mk., im 3. Jahr 23,50 Mk. Außerdem für Hausstrunk wöchentlich 3 Mk.

Ueberstunden Wochentags 40 Pf., Sonntags 50 Pf. pro Stunde.

Die Lohnsätze aller nicht benannten Kategorien werden um 10 Prozent aufgebessert.

C. Allgemeine Bestimmungen. Bei Krankheitsfällen wird vom 4. bis 13. Krankheitstag die Differenz zwischen Lohn und Krankengeld, bei Übungen während der ersten 30 Tage täglich ein Mark vergütet.

Urlaub nach einem Jahr Tätigkeit 3 Tage, nach drei Jahren 5 Tage, nach fünf Jahren 8 Tage. — Freies Koalitionsrecht. Vorstehendes tritt am 1. April 1907 in Kraft.

Mannheim, am 1. April 1907.

Für die Gesellschaft: Rob. Sinner.

Brauerarbeiter-Verband: Gräble, Kersthensteiner, Sünder.

Kaum hatten sich die Kollegen organisiert, kamen auch die Transportarbeiter, um Duerkreuzereien zu machen. An dem gesunden Verhalten der Kollegen ist der Versuch gescheitert.

Der vorstehende Tarif, der den Kollegen Zulagen von 3 bis 6 Mark, durchschnittlich 4 Mk. wöchentlich, geregelte Arbeitszeit, Bezahlung der Ueber- und Sonntagsarbeit, Vergütungen bei Übungen und in Krankheitsfällen, Bezahlung des Hausstrunkes, den jüngeren Kollegen eine zehnprozentige Lohnaufbesserung brachte, ist das Resultat der Einigkeit im Brauerarbeiterverband. Einigkeit macht stark! Diese Parole muß den Kollegen immer maßgebend sein.

† **Stettin. Erfolgreicher Streik wegen Nichterhaltung des Tarifs.** Die Elysium-Brauerei brachte den abgeschlossenen Tarif, der am 1. Juli in Kraft treten sollte, nicht zur Einführung. Alle Vorstellungen nützen nichts, deshalb mußte von dem Mittel der Arbeitsniederlegung Gebrauch gemacht werden, an der sich sämtliche organisierte Arbeiter und Arbeiterinnen beteiligten. Nach halbtägiger Dauer war der Streik mit vollem Erfolg für die Arbeiter beendet, gleichzeitig wurde eine Entlassung rückgängig gemacht. Geschloßen nahmen die Streikenden die Arbeit wieder auf. Durch ihre Einigkeit haben sie bewiesen, daß solidarische Handeln die einzige brauchbare Waffe im wirtschaftlichen Kampfe ist. Der Erfolg ist um so höher anzuschlagen, als die Organisation in Stettin noch jung ist.

Korrespondenzen.

Breslau. Der „Courier“ und Herr Zimmer. Die Feststellung unsererseits, daß der Gauleiter Zimmer des Transportarbeiterverbandes „Tarife“ mit einem Mitglieder hat und überdies ein Tarif bezieht; die weitere Feststellung unsererseits, daß mit diesem „Tarifabschluß“ Zimmer nur bezwecken wollte, die dem Brauerarbeiterverband angehörenden Kutscher und Arbeiter auf Pfahler zu bringen, damit der Transportarbeiterverband für diese auf Pfahler gestellten Leute Ertrag vermitteln kann, ist Herrn Zimmer sehr unangenehm gewesen und hat ihn offenbar sehr in Harnisch gebracht. Nun fand am 4. Juni eine Brauerarbeiterversammlung statt, die sich mit den Anwürfen des Vorstehenden Schumann vom Transportarbeiterverband gegen unseren Verband befaßte und einstimmig eine Resolution gegen die Angriffe Schumanns und für die Einheitsorganisation der Brauerarbeiter annahm. Für diese Resolution stimmten auch die anwesenden Mitglieder des Transportarbeiterverbandes. Dieses wurde in der Presse berichtet. Nun verlangte Zimmer die Namen dieser Mitglieder zu wissen. Diese zu nennen lehnten wir einem Zimmer gegenüber und auch sonst aus triftigen Gründen ab. Darob große Schimpfanrede im „Courier“, ganz im „Courier“-stil. Zwei harmonische Seelen fanden sich. Doch da diese Herren noch entsetzt sind, wollen wir ihnen die Namen derer nennen, die als ehrliche Männer für die Resolution stimmten, und somit das Treiben der Transportarbeiterführer verdamnten und sich für die Einheitsorganisation der Brauerarbeiter erklärten. Es sind dies: Paul Freitag, Otto Ullrich und Heinrich Barth.

Und nun wollen wir abwarten, ob der „Courier“ bezu Zimmer wenigstens jociel Instand besitzten und davon Notiz und die Beschimpfungen gegen uns zurücknehmen.

Gentiner Fabrik-Ordnung der Gentiner Aktienbrauerei

Die in der Gentiner Aktienbrauerei beschäftigten Brauer, Maschinenführer, Bierfahrer und Arbeiter...

Gentini, den 23. Juli 1906.

Als im Jahre 1906 werden noch solche Fabrik-Ordnungen... bestreitet. Daß die Behörde von derselben Kenntnis hat...

Kugelschloß. Im Krenkerbräu existiert noch Kugelschloß. Ganz abgesehen, daß das Kost- und Logiswesen an sich schon ein ganz unbilliger Zustand ist...

Münch.-Glabbad. Wie vorteilhaft für die Unternehmer die Verpflichtung der Brauereiarbeiter, die Erfindung eines Bundesvereins ist...

Nordhausen. In der sehr zahlreich besuchten Generalversammlung vom 25. Juni erstattete der Vorsitzende den Bericht vom verflochtenen Geschäftsjahr...

Kontrollbuch für die Sonntagstraße ist nicht vorhanden. Es ist den Arbeitern überhaupt nicht bekannt...

Liste. Unerhörte Ausbeutung! Aus der Liste der Aktienbrauerei wird uns berichtet...

Rundschau.

Dr. August Kreuzbauer, Syndikus des Verbandes Rheinisch-Westfälischer Brauereien...

Gegen die Tarifverträge! war sein Schlußsatz, und da der Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter...

Es hat nichts genützt! kaum ein Jahr nach beendigter Ausperrung hatte der Brauereiarbeiterverband...

Kürzlich fand die Generalversammlung des Verbandes Rheinisch-Westfälischer Brauereien statt. Dort ging es recht lebhaft zu...

Verbandsnachrichten.

- Dom 8. bis zum 14. Juli gingen bei der Hauptkasse folgende Beträge ein: Kaiserlautern 10,40. Heilbronn 495,86. Mainz 455,36...

Material ist abgefand: Nürnberg 10000 Markten a 45 Pf. und 400 Markten a 25 Pf. Landshut 800 Markten a 45 Pf...

Abrechnungen für das 2. Quartal haben eingefand: Ansbach, Ingolstadt, Bameln, Wero, Stade, Eitenburg...

Das Mitgliedsbuch des Kollegen Kurt Hellmuth (geb. 4. März 1879 in Walben, Schl.) ist diesem nebst sämtlichen Papieren...

Amsterdamm. Bevollmächtigter ist Gg. Decker, van Nadebrant 317 II. Unterführung zahlr. Kassierer W. Naube...

Hannover. Das Bureau des Lokalbeamten Joh. Sähnelin befindet sich Gerberstraße 22 pt. Fernsprecher Nr. 1959.

Mainz. Vorsitzender ist M. Gerner, Weisenau, Hohlstraße 16.

Memmingen. Die Brauerherberge befindet sich von jetzt ab im Gasthaus zum grünen Baum.

Rosenheim. Die hiesige Zahlstelle ist der Zahlstelle München angegliedert. Unterführung wird beim Kollegen Fischerlag...

Veranstaltungsanzeigen.

- Altenburg. Sonntag, 21. Juli, 4 Uhr, im „Engel“. Barmen. Sonntag, 28. Juli, 3 Uhr, im „Gewerk“. Bahrenth. Mittwoch, 24. Juli, 8 Uhr, in der „Zentralhalle“...

Vergnügungsanzeigen.

Berlin I. Sonntag, 21. Juli, Dampfer-Partie mit Musik nach Waldhaus Rauchfangswerder. Abfahrt: Punkt 8 Uhr...

Inserate

Werden die schlagendste Kolonien 40 J. für Mitglieder 20 J. Unterzeichneten ersucht um die Adresse des Mitgliedes Adolf Kugel...

Joh. Dohm, Spezialgeschäft für Bierbrauer, Kistl, Winterbräuerstraße 12, empfiehlt in bekannter Güte...

Gebr. Wittber, Copitz a. d. E. Amisch, Pirna. Verlan von wasserdichten Lederfelle, der altbekanntem Goldschuh...

Brauer-Stiefel, mit 3 Zoll. Part., trock. leichten Erlensohlen ohne Klett...

Hermann Seifert, Kaimberg bei Gera (N.), empfiehlt prima wasserdichte Brauer-Schuhe...

Carl Fiedler, Dresden F, Schäferstraße 47. Neu! Wasserdichte Holzschuhe! Neu!

Hch. Schäfer, Hanau, Schirnstr. 5. Das Beste ist das Billigste. Hoch, Schäfte, 3,50 bis 3,75...

Erklärung. Unterzeichnete nimmt hiermit sämtliche beteiligten Anzeigen gegenüber dem Vertrauensmann der Kollegen der Aktien-Brauerei...

Slomkes Städtebuch. Reiseführer durch Deutschland u. ang. Länder mit Eisenbahn- u. Wegeliste...

Unserem Verbandskollegen Karl Sigl und seiner lieben Braut...

Unserem Verbandskollegen Martin Kopy und seiner lieben Braut...

Unserem Verbandskollegen Bernhard Schneider und seiner lieben Frau...

Unserem Kollegen und Vorsitzenden Anton Dalbritter und seiner lieben Braut...

Unserem Verbandskollegen Wilhelm Bald Schmiedl und seiner lieben Frau...

Unserem Kollegen Georg Fisch und seiner lieben Braut...

Unserem Kollegen J. Seibl und seiner lieben Frau...

Hannover. Zentral-Verkehr der Brauereiarbeiter und Arbeitsnachweis Georg Picker, 24 Knochenhauerstrasse 24...

Drucksachen für Vereine, Gewerkschaften, Geschäftsleute usw. liefert in tadelloser Ausfertigung...

Mauchfleisch, niederbayerisches Bauerngeschlechts, verkende gegen Nachnahme per Pfund zu 1,10...

X. Engl Müller, Seidner, Pfarrkirchen (Nieder-Bayern).

Unserem Kollegen Karl Benz und seiner lieben Braut nachträglich die herzlichsten Glückwünsche...